

Rhein-Main

FRANKFURTER ZEITUNG

Was macht der Förster in der Kita?

Bald haben Eltern Anspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige. Jetzt regelt das Land die Bedingungen in Kindertagesstätten neu. Für den Gesetzentwurf, der unter anderem auch Fachfremde als Erzieher vorsieht, hagelt es Kritik.

VON CHRISTIAN PALM

FRANKFURT. Wenn Norbert Neuß an die Sache mit dem Förster denkt, muss er lachen. Es ist ein bitteres Lachen, das der Gießener Erziehungswissenschaftler durch die Telefonleitung schickt. Ein Förster in einem Waldkindergarten? „Fragen Sie den doch erst mal, ob er für ein Erziehergehalt arbeiten will“, sagt Neuß.

Der Waldhüter ist so etwas wie ein Symbol in dem Streit, der zur Zeit um etwas tobt, das dem Namen nach eigentlich Gutes verheißt: Die schwarz-gelbe Landesregierung plant ein Kinderförderungsgesetz. Seine Auswirkungen sind umstritten, wegen eines Punktes vor allem: Von 2014 an sollen in Kindertagesstätten auch Angestellte als Fachkräfte arbeiten dürfen, die keine Erzieherausbildung haben. Flexibilität zu erreichen, ist das Ziel, das die CDU/FDP-Koalition in diesem Zusammenhang formuliert. Ist doch toll, soll das wohl heißen, wenn ein Förster den Steppes im Waldkindergarten erklärt, was es mit Bäumen und Tieren auf sich hat. Oder wenn sich ein Logopäde um die Sprachprobleme der Kinder mit ausländischen Wurzeln kümmert.

Wer immer in diesen Wochen den Entwurf zum Kinderförderungsgesetz – seine offizielle Abkürzung heißt Kifög – kritisiert, erwähnt den Punkt mit den Nichtfachkräften. „Die schlechteste aller Antworten“ auf den Mangel an Erziehern sei das, sagt Neuß. Man könnte einwenden, dass er das sagen muss, schließlich lehrt er an der Uni Gießen Pädagogik der Kindheit und ist daher von Beruf wegen dafür, die Arbeit in den Kitas zu professionalisieren.

Doch der Verdacht liegt tatsächlich nahe, dass die Landesregierung versucht zu kaschieren, was sie in den vergangenen Jahren versäumt hat: „Es hätte eine Ausbildungsreform für Erzieher geben müssen“, findet Neuß. Studien zufolge fehlten allein in Hessen rund 3000 Erzieher. Das ließe sich ändern, ohne fachfremdes Personal zu verpflichten, sagt Neuß, auch kurzfristig: Zum Beispiel, indem es deutlich mehr jungen Leuten ermöglicht würde, eine berufsbegleitende Ausbildung zum Erzieher zu machen.

Dass es durchaus junge Frauen und auch viele Männer in Berufe zieht, die mit Kinderbetreuung zu tun haben, weiß der Professor aus



Zeichenstunde, aufgenommen in einer Frankfurter Kindertagesstätte

Foto Wönge Bergmann

eigener Erfahrung. 60 bis 90 Studienplätze im Bachelor-Studiengang Pädagogik der Kindheit hat er zu vergeben. Etwa zehnmal so viele Studienwillige bewerben sich in der Regel in Gießen. Ginge es nach Neuß, würden in Hessen viel mehr solcher Studienplätze ge-

schaffen. Aus seiner Sicht müssten alle Leiter und Leiterinnen von Kitas einen derartigen Studienabschluss haben.

So wie Dorle Horcher. Die 48 Jahre alte Diplompädagogin leitet für den Verein Lebenshilfe drei Einrichtungen in Frankfurt. Am

Tag zuvor hat sie beim Frankfurter Ordnungsamt eine Demonstration gegen das Kinderförderungsgesetz angemeldet, gleich wird sie sich als Blumenwiese verkleiden, um mit den Kindern Fastnacht zu feiern. Vorher will sie etwas loswerden: „Wir kämpfen um unser Image“, sagt sie. Die Anforderungen an Erzieher seien stark gestiegen in den vergangenen Jahren. Das Bild vom Personal, das viel Zeit hat, um Kaffee zu trinken, während die Kleinen toben, hätten manche vielleicht noch im Kopf, aber es ist längst überholt.

Fünf Jahre hatte Horchers Ausbildung gedauert. Nach 14 Jahren als Erzieherin hat sie dann Pädagogik studiert. Mittlerweile leitet sie eine Kita, eine Krabbelstube und einen Kinderladen. Die Einrichtungen sind integrativ, nehmen also auch behinderte Kinder auf, auch schwerbehinderte. Bislang habe sie eigentlich alles mitgetragen, was sich die Politik für die Kinderbetreuung ausgedacht habe, sagt Horcher. Aber seit sie den Entwurf zum hessischen Kinderförderungsgesetz kennt, hat sie nicht mehr das Gefühl, dass das Wohl der Kinder im Mittelpunkt steht. Es ist das erste Mal, dass sich Horcher politisch engagiert. „Es wird einfach Zeit, dass wir dagegen pro-

testieren“, sagt sie und blinzelt mit freundlichen Augen durch ihre randlose Brille. Deshalb trifft sie sich regelmäßig mit den Vertretern anderer Träger. Am 5. März wollen sie gegen den Gesetzentwurf demonstrieren. Und schon Ende dieses Monats will Dorle Horcher den Eltern zeigen, was das neue Gesetz für ihre Kinder bedeuten könnte. Eine Woche lang will die Leiterin mit ihren Kollegen in den Betreuungseinrichtungen „Dienst nach Kifög“ leisten, Dienst nach den Vorgaben des Gesetzentwurfs. Nach ihren Berechnungen bedeutet das für die Lebenshilfe-Kita an der Eschersheimer Landstraße in Frankfurt, dass die Gruppen größer werden müssen und sich das Betreuungsverhältnis verschlechtern wird. Zudem unterschreiten die Mindestvorgaben im Kifög die aktuellen Öffnungszeiten der Lebenshilfe-Kita.

Ein breites Bündnis protestiert gegen die Pläne der Landesregierung, darunter Wissenschaftler wie Neuß und Praktiker wie Horcher. Aber auch Sozialverbände, Kommunen und Gewerkschaften kritisieren das Gesetz heftig. Rund 13 000 Unterzeichner hatte Mitte der Woche eine Online-Petition gegen den Entwurf. Dass etwas schiefläuft in der Diskussion um das Kifög, sieht mittlerweile auch

die Wiesbadener Koalition. Seit der Protest lauter wird, und die Medien berichten, räumt sie öffentlich erheblichen Erklärungsbedarf ein. Das Gesetz sei komplex, und vielleicht habe man es nicht genau genug erklärt, geben die Koalitionäre jetzt zu. Ändern wollen sie den Entwurf aber nicht.

Unterdessen kursiert ein „Argumentationspapier“ aus den Reihen der Regierung. Elf zentrale Kritikpunkte am Kinderförderungsgesetz sind darin tabellarisch aufgeführt, rechts daneben jeweils die Begründung, warum sie nicht zutreffen. Unter jedem Kritikpunkt gegen den Regierungsentwurf prangt ein rot gefärbter stilisierter Stempelabdruck: „FALSCH!“ An mehreren Stellen weisen die Autoren darauf hin, dass Kinderbetreuung vorrangige Aufgabe der Kommunen ist.

So geht es hin und her im Streit um das Wohl der Kleinkinder. Kaum eine Kita werde am Ende weniger Geld erhalten als vorher, sagt der hessische Sozialminister Stefan Grüttner (CDU). Die Rechnungen der Träger bringen hingegen ganz andere Ergebnisse. Den Hinweis der Landesregierung, sie gebe schließlich in den nächsten Jahren mehr Geld für die Kinderbetreuung aus als bisher, betrachten die Praktiker als schwachen

Trost. Schließlich steige die Zahl der Betreuungsplätze ja, sagt Norbert Neuß. „Dass die Landesausgaben mitwachsen, ist wenig überraschend.“

Der Professor erwartet eine Umverteilung von kleinen Trägern, die ihre Kitas nicht voll auslasten können, hin zu denen in Ballungszentren, in denen schon jetzt mitunter 25 Kinder in einer Gruppe betreut werden. Letztlich, sagt Neuß, sollten in weniger Gruppen mehr Kinder betreut werden, damit der Rechtsanspruch von Eltern auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige, der von August an gilt, so weit wie möglich erfüllt werden könne. Eine Verschlechterung des Betreuungsschlüssels in öffentlichen Einrichtungen, meint er, spiele dann privaten Kita-Betreibern in die Hände, die die Wünsche zahlungskräftiger Eltern besser erfüllen könnten. Am Ende bestehe das Risiko, dass die frühkindliche Bildung zur Zweiklassen-Gesellschaft werde.

Die Kita-Chefin Dorle Horcher fürchtet, dass mit dem neuen Gesetz die Qualität in ihren Gruppen leiden wird, auch ohne dass sie eine freie Stelle mit einem arbeitslosen Förster anstatt einer Erzieherin besetzt. Denn bislang sind in den Mindestvoraussetzungen des Kifög keine Sonderregeln für behinderte Kinder eingerechnet, was den Betreuungsschlüssel angeht. Die werden eigentlich in einer eigenen Verordnung aufgestellt. Die Neuverhandlung dieser Vereinbarung, an der die Landesregierung nicht beteiligt ist, stockt allerdings. Wie es mit den integrativen Gruppen weitergehen soll, weiß Horcher nicht. An der Eschersheimer Landstraße betreut die Lebenshilfe drei Gruppen à 15 Kinder, unter ihnen jeweils fünf mit Handicap. Manche von ihnen bräuchten nahezu eine 1:1-Betreuung. Wie das unter den Bedingungen des Kifög zu leisten sein wird, fragen sich Träger und Kommunen gleichermaßen. Denn was das Land nicht mehr unterstützen, müssen Städte und Gemeinden finanzieren.

Bei vielen Regeln liegt der Teufel im Detail. Ausfallzeiten der Erzieher etwa seien im Kifög zu gering angesetzt, die Stunden für die Leitung einer Einrichtung seien erst gar nicht vorgesehen, kritisiert Neuß. Dabei gleichen die Aufgaben einer Kita-Leiterin eher denen der Chefkin eines mittelständischen Unternehmens als denen einer Erzieherin: Personalauswahl, Gespräche mit den Eltern, den Trägern und dem Jugendamt. Dazu kommen die wissenschaftliche Fundierung des Betreuungskonzepts und dessen Weiterentwicklung. „Eine Erzieherische kann gar nicht alle Kompetenzen vermitteln, die für diesen Job nötig sind“, sagt Neuß. Und wenn er dann sehe, dass Erzieherstellen künftig mit fachfremden Angestellten besetzt werden könnten und hört, wer alles zum Erzieher umgeschult werden soll, zweifelt er erst recht an der Politik. „Am Ende werden die Kinder von einem Förster und einer Schlecker-Frau betreut.“ Bei diesem Gedanken vergete ihm das Lachen.

FRANKFURT-KENNER Der Architekt Christoph Mäckler, Seite 3

PROGRAMM-MACHER Das Filmmuseum in Frankfurt, Seite 5



Modell 5281

www.marktex.de

MARKTEX KRONBERG

Lowboards

Variabel in der Länge, offene Fächer oder Schiebetüren mit verschiedenen Holz-/ Glasfüllungen, Schubladen, diverse Massivhölzer und Farben.

